

E n t s c h l i e ß u n g

des Nationalrates vom 7. April 1995

betreffend die Notwendigkeit politischer Bildung an österreichischen Schulen

Der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten wird ersucht, politische Bildung im Rahmen bereits bestehender Möglichkeiten im Sinne der Auseinandersetzung mit der Demokratie und der sie gefährdenden Tendenzen im Zusammenhang mit politischen Radikalismen zu verstärken. Insbesondere ist dabei Gefahren durch neue technologischen Entwicklungen im Medienbereich (z.B. Computerspiele, Internet-Kommunikationsmöglichkeiten) sowie demokratiegefährdenden Formen der Jugend und Jugendsubkultur entgegenzuwirken.